

Hat der Terror eine Zukunft?



Wenn es Garanten für Medien-Hypes gibt, dann gehört „der Islam“ gewiß dazu. Kaum hat sich die Flut der Kommentare, Talk-Shows und Blogger-Ergüsse über das Sarrazin-Buch und die Nahost-Unruhen etwas entspannt, schob die globale Dynamik unserer Zeit unlängst das nächste Top-Ereignis nach. Nun war es Usama bin Ladin, Top-Terrorist, Massenmörder und US-Staatsfeind Nr. 1, der nach längerem Schweigen in die Schlagzeilen geriet. Diesmal allerdings nicht mit einem weiteren Anschlag, sondern mit dem eigenen Ableben im Märtyrertod.

(Usama und der „gerechte Krieg“ der Medien – von Hans-Peter Raddatz)

Um den hatte er Allah freilich schon in der „Kriegserklärung“ von 1998 angefleht, zusammen mit dem „Kugelregen“, in dem die USA, Israel und der Westen als die konzertierte „Satanskultur“ untergehen sollten. Daß es nun zwei profane Kugeln in Brust und Kopf sein würden, die seinem Morden ein Ende setzten, noch dazu durch eine Spezialeinheit der verhaßten US-Macht, tat diesem Wunsch keinen Abbruch. Im Gegenteil: Nach der Djiha-Ideologie konnte das Schicksal kaum anders zuschlagen als

durch die Abgesandten der ZAC selbst, der „Zionist Alliance with Crusaders“. Nach koranischem Paradox sind die Westler von Satan angespornt, Muhammads Reich auszubeuten und eben dadurch ein Heer von Glaubenskriegern zu erzeugen, dabei aber kurioserweise auch von Allah inspiriert, indem sie die Ausbreitung der Moscheenetze in Europa fördern und die Kampfgruppen gegen Israel finanzieren.

Aus der Reflexkaskade der europäischen, speziell deutschen Medien wurde rasch erkennbar, dass ihre seit vielen Jahren islamozentrisch fixierte Meinungsdominanz – hierzulande auch „Dressurdialog“ genannt – einmal mehr die Gelegenheit nutzte, ihre islamdienliche Position unter die Leute zu bringen. Auch diesmal wurde die erste Reflexstufe durch eine Vorhut von so genannten Terror-Experten gebildet, die mit immer gleichen Personen ihre nahezu deckungsgleichen „Analysen“ abspulen. Zwar lassen sich leichte Variationen gemäß dem jeweiligen Auslöser-Ereignis feststellen, doch laufen sie letztlich auf eine unwandelbare Botschaft hinaus, die man auch mit Sprechautomaten verkünden könnte. So steht es seit jeher fest, speziell seit dem 11. September, dass „der Islam“ wenig mit Terror und viel mit „Frieden“ zu tun habe. Usama und seine Al-Qa'ida-Organisation (arab.: die Basis) seien als untypische Fehlentwicklung zu verstehen, die die Religion missbrauche und keinen wirklichen Rückhalt bei den Muslimen habe. Mithin erscheine der Terror hier als Reaktion auf die globale Wirtschaftsexpansion, wobei es auch eher in der Verantwortung der Islamkritik liege, dass einige Verirrte als Angehörige einer modernen Kultur wie des Islam sich westliche Gewaltmuster aneigneten, ebenso wie auch der islamische Judenhaß nur als Import des europäischen Antisemitismus zu verstehen sei.

Als Sachwalter des „demokratischen Rechtsstaats“, nun freilich eigenen Rechts, präsentierten die „Experten“ dem Publikum eine „Zukunft des Terrors“, die sich unter dem Vorzeichen der arabischen Unruhen und Bürgerkriege eher ungünstig darstellen

soll. Da die „demokratischen Kräfte des Islam“ die autokratischen Regime ablösten, habe sich die Al-Qa'ida überlebt, zumal die Muslimbruderschaft eine viel größere Rolle spiele. Damit spricht man zwar den richtigen Faktor an, der aber nicht nur, wie man der Öffentlichkeit weismachen wollte, eine „karitative Vereinigung“ und schon gar nicht „auf dem Weg in die Demokratie“ ist. Die Muslimbrüder unterhalten zwar soziale Abteilungen, haben aber längst einen Marsch durch die Institutionen hinter sich, mit dem sie sich im Kernland des Islam – Ägypten, Syrien, Saudi-Arabien, Jemen – die Oberhand über den Rechtsbereich, d.h. die Geltung der Scharia, verschafft haben und zudem „brüderliche“ Verbindungen zur Milli Görüş pflegen, dem Radikalarm der türkischen Regierungspartei. Durch ihre vielfältigen Kontakte zu wichtigen Institutionen der großen EU-Staaten haben sich die Methoden der Bruderschaft, nicht aber ihre Ziele verändert, die wie diejenigen der Al-Qa'ida islamisch sind und sich gegen den Westen und Israel richten. Daraus folgt die Frage nach der Zukunft der einschlägigen „Experten“ und „Islambeauftragten“ in den Institutionen, deren Selbstradikalisierung unvermeidlich scheint. Denn außer einem Toleranzdiktat für ihr Islamkonstrukt und der Diffamierung unabhängiger Analysen als Islamophobie und Rassismus lassen sie keinerlei „Wissen“ über den Islam zu.

Mit islamischen Schwerpunkten in ausgewählten Universitäten und „Experten“-Kartellen, insbesondere dem stiftungsfinanzierten „Sachverständigenrat“, agieren zunehmend konformistische Einrichtungen, welche die Öffentlichkeit desinformieren und den mündigen Diskurs rigoros unterdrücken. Massiv unterstützt von Wirtschaft und Medien, entsteht eine „Forschung“, die sinnigerweise als denkbarer Denkarm der Migrationspolitik auftritt und im Zuge der EU-Imperialisierung in eine Hilfsfunktion für globale Apparate wie IMF und WTO, aber auch die OIC (Organization for the Islamic Conference) wächst. Während man hier Verfassung und Rechtsstaat still übergeht, wurden diese umso lauter nach Usamas

„rechtswidriger“ Beseitigung eingefordert. So wie es „keine Alternative“ zu den – ebenfalls rechtswidrigen – „Rettungsschirmen“ für überschuldete Banken und Staaten geben soll, mag auch der Dressurdialog als alternativlose Bringschuld der Euro-Bevölkerungen erscheinen.

Bei der „Zukunft des Terrors“ kommt es also nicht nur auf den Rechtsanspruch des Islam, sondern auch die „Zukunft der Loyalität“ an, welche die Verantwortlichen des „Rechtsstaats“ zu verteilen haben. Als der deutsche Innenminister bei Amtsantritt klarstellte, „dass der Islam historisch nicht zu Deutschland gehört“, führte die anschließende Aggressionsautomatik der Medien speziell und der Islamlobbyisten generell den ebenso automatischen Beweis, dass es in bezug auf „den Islam“ schon längst nicht mehr um Diskursfähigkeit, geschweige denn Demokratie geht. Denn in dem Maße, in dem das Meinungsdictat die Demokratie und damit das Wissen der Menschen über die Bedeutung von Freiheit abbaut, entstehen Verhältnisse, die sich in der Tat dem „Frieden des Islam“ annähern. Im Wettbewerb um islamische Korrektheit – koranisch gesprochen „Demut“ – haben derzeit Deutschland, Österreich und England die Nase vorn. Also sollte sich auch die „Zukunft des Terrors“ bevorzugt denjenigen öffnen, die den Standards der Demut – im Islam auch „Gerechtigkeit“ – (noch) nicht hinreichend genügen. Dafür hat sich der „Dialog“ bereits gegen die Kritiker gerüstet. Um nicht ständig den Ladenhüter der „Islamophobie“ ins Feld zu führen, hat nun der Ausweichbegriff der „Schelte“ Konjunktur. Ob Medienschelte, Parteienschelte, Justizschelte, Kirchenschelte – die Klagen der Islamlobby über polemische, wenn nicht gar „ungerechte“ Angriffe aus der Öffentlichkeit erregen zwar nicht deren Mitleid, haben aber den wichtigen Vorteil, den „gerechten „Schleichkrieg für den Islam zu führen, ohne das Wort „Islam“ zu verwenden.

Dazu trägt die globale Dynamik bei, die die Spirale zwischen Demut und Terror doppelt verschärft. Zum einen ist es der

Druck des Finanzhebels, der sich zugunsten der Islamseite verstärkt, während sich die Spielräume in Europa drastisch verengen. Die EU-Verfügung über Billionenbeträge in Sachen Badbanks für marode Banken und Länder verletzt – zumindest in Deutschland – die verfassungsmäßig möglichen Kompetenzen und blockiert auf nicht absehbare Zeit die Entwicklung der Staaten. Umso mehr weiten sich zum zweiten die Chancen der islamischen Großinvestoren aus, die mit kräftiger Hilfe interessierter Kreise auf Company-Shopping gehen. Dies wird auch höchste Zeit, denn die UNO-Auguren drücken aufs Tempo. Sie vermelden, dass bis 2015 die arabische Bevölkerung um über 160 Prozent (seit 1980) auf knapp 400 Millionen gestiegen sein wird, wobei der statistisch aggressionsbereite Teil unter 30 Jahren auf fast drei Viertel ansteigt, während das Bruttosozialprodukt stagniert.

Wer den Trampelpfad des „Dialogs“ vertiefen und Zweifel am Friedenspotential des Islam weiterhin als „Volksverhetzung“ oder „Panikmache“ darstellen möchte, wird nicht umhin können, die Aggression gegen den Islam selbst zu schüren, indem man die islamseitig wachsende Gewaltbereitschaft dem angeblich im Volk grassierenden „Feindbild Islam“ anlastet. Dies wird zur Radikalisierung des Mainstream beitragen, die natürlich die „rechtsradikalen“ Skeptiker gegenüber der Zuwanderung, dem Euro, dem Klima, dem Atomausstieg, dem Spritmanagement und sonstigen, elitegünstigen und staatsbelastenden Einkommensbereichen zu verantworten haben. Solchem Widerspruch kann nur begegnet werden, indem man die demokratischen Grundrechte, vor allem die Meinungsfreiheit, weiter einschränkt. Als Empfehlung sei erwähnt, dass sich die kontroverse Debatte leicht ersticken lässt, indem man schlicht die Masse des verbalen Expertenmülls erhöht. Wie die Praxis zuverlässig bestätigt, gibt es an Anwärtern dafür keinen Mangel.



Zum Autor: Dr. Hans-Peter Raddatz (* 18. August 1941 in Koblenz) ist ein deutscher Orientalist und Publizist und gilt neben Prof. Tilman Nagel als einer der versiertesten Islamwissenschaftler hierzulande. Zuletzt erschien von ihm „Der Absturz – Anatomie einer Systemkrise“, in Kürze kommt sein neues Buch auf den Markt.